

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/04/2013

**über die öffentliche Sitzung des
Finanzausschusses am 12. August 2013,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:00 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Peter Egan

Herr Tobias Koch

Herr Dirk Langbehn

i. V. f. Herrn Waskow

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz

Herr Rolf Griesenberg

Frau Sybille Ott

Herr Claus Rowetter

beratend

i. V. f. Herrn Reuber

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Reinhard Hampel

Herr Volker Hielscher

Seniorenbeirat bis TOP 12

Bürgerl. Mitglied bis TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Frau Angelika Andres

Herr Horst Kienel

Herr Peter Röckendorf

Bürgermeister

FBL IV

Berichterstatter

Protokollführer

Entschuldigt fehlen

Stadtverordnete

Herr Achim Reuber

Herr Olaf Waskow

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Verpflichtung eines Stadtverordneten durch den Bürgervorsteher
- e n t f ä l l t -
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2013 vom 22.04.2013
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2013 vom 23.04.2013
7. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
8. Bericht über neue Ermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Haushaltsausgabereste 2012) **2013/061**
9. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen **AN/026/2013**
- Erstellung der Jahresabschlüsse 2009 ff. für den FINA am 12.08.2013
10. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung **2013/048**
- e n t f ä l l t -
11. Verschiedenes
- 11.1. Einführung des SEPA-Verfahrens
- 11.2. Neubau der Kindertagesstätte Erlenhof
- 11.3. Erlass des Innenministers zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen
- 11.4. Besuch des Innenministers in Ahrensburg
12. Kenntnisnahmen
- e n t f ä l l t -

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt alle Anwesenden.

Zu Beginn verpflichtet der Ausschussvorsitzende die neuen Bürgerlichen Mitglieder, Herrn Dr. Bernd Buchholz, Herrn Rolf Griesenberg, Frau Sybille Ott und Herrn Klaus Rohwetter auf eine gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gem. § 46 i. V. m. § 21 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein.

Herr Conring weist auf die Zuständigkeitsordnung für die Fachausschüsse der Stadt Ahrensburg hin. Die Zuständigkeiten des Finanzausschusses ergeben sich aus § 2 der Zuständigkeitsordnung, die eine Anlage zur Hauptsatzung darstellt.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet nach der Verpflichtung der neuen Bürgerlichen Ausschussmitglieder die Sitzung des Finanzausschusses.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Da Herr Waskow an der heutigen Sitzung des Finanzausschusses nicht teilnimmt, entfällt TOP 4, Verpflichtung eines Stadtverordneten.

Herr Kienel erklärt weiterhin, dass die Sitzungsvorlage zu TOP 10 „Änderung der Verwaltungsgebührensatzung“ noch nicht fertiggestellt sei. Insofern entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung festgesetzt.

3. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

4. Verpflichtung eines Stadtverordneten durch den Bürgervorsteher

- e n t f ä l l t -

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2013 vom 22.04.2013

Es werden keine Einwände gegen den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Niederschrift vorgetragen.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2013 vom 23.04.2013

Es werden keine Einwände gegen den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der Niederschrift vorgetragen.

7. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Bericht umfasst den Zeitraum bis zur 37. Kalenderwoche. Herr Kienel erklärt, dass sich momentan rd. 684.000 € auf den städtischen Konten befinden. Weiterhin ist ein Tagegeld von rd. 6,9 Mio. € angelegt. An Grund- und Gewerbesteuer wird mit dem nächsten Steuertermin (15.08.) rd. 970.000 € an Grundsteuern und rd. 4,65 Mio. € an Gewerbesteuern erwartet. An Zentralitätszuweisungen bzw. Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich werden rd. 192.000 € erwartet. Zusammen ergibt dieses einen Betrag von rd. 13,4 Mio. €.

In den nächsten Wochen fließen folgende Finanzmittel ab:

1,13 Mio. € an Kreisumlage, 126.000 € Finanzausgleichsumlage, 170.000 € Sozialhilfe, 130.000 € Beamtenbesoldung, 125.000 € Lohnsteuer, 145.000 € Defizitabdeckung badlantic und rd. 650.000 € Entgelte für tariflich Beschäftigte. Zusammen ergibt dieses einen Mittelabfluss von rd. 2,5 Mio. €
Im Saldo verfügt die Stadt somit bis zur 37. KW an liquiden Mitteln von rd. 10,9 Mio. €, wobei Ein- und Auszahlungen für investive Maßnahmen nicht berücksichtigt wurden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kienel, dass das Gewerbesteueranordnungssoll momentan bei 23,2 Mio. € liegt (Haushaltsansatz: 21 Mio. €).
In den letzten Wochen ist das Anordnungssoll leicht rückläufig gewesen.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes erklärt Herr Kienel, dass es für das Haushaltsjahr keine Liquiditätsplanung gibt.

8. Bericht über neue Ermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Haushaltsausgabereste 2012)

An neuen Ermächtigungen (Haushaltsausgabereste 2012) wurden rd. 2,8 Mio. € von 2012 nach 2013 vorgetragen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kienel, dass für die Entlastungsstraße noch Haushaltsreste aus Vorjahren zur Verfügung stehen (Konto 54100.0900029).

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet Herr Kienel, dass sich diese Vorlage nur mit den neuen Haushaltsresten befasst. Es bestehen weiterhin noch Reste aus Vorvorjahren. Er verweist hier auf den dargestellten Sachverhalt in der Sitzungsvorlage. Hierbei handelt es sich um eine Summe von rd. 1,7 Mio. € (siehe vorletzter Absatz der Vorlage). Eine Übersicht dieser alten Ermächtigungen wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Auf Nachfrage beantwortet die Verwaltung verschiedene Verständnisfragen zu einzelnen Ermächtigungen.

Abschließend werden die mit der Vorlage genannten Ermächtigungen durch den Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

**9. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen
- Erstellung der Jahresabschlüsse 2009 ff. für den FINA
am 12.08.2013**

AN/026/2013

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass im Juni 2012 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 nach Prüfung beschlossen wurde. Insofern sei es nun von besonderer Bedeutung, dass die offenen Jahresabschlüsse ab 2009 schnellstmöglich fertiggestellt werden. Der Finanzausschuss hat sich mit dieser Angelegenheit bereits befasst und erklärt, dass dieses auch mit externer Unterstützung geschehen sollte.

Es wird von mehreren Ausschussmitgliedern kritisch hinterfragt, weshalb die Umstellung auf das neue kommunale Rechnungswesen bzw. die Erstellung der Jahresabschlüsse problematisch sei.

Herr Bürgermeister Sarach weist darauf hin, dass es sich bei der Umstellung auf die Doppik um eine gravierende Veränderung der kommunalen Finanzwirtschaft handelt. Dieses wurde wohl zu Beginn des Projektes deutlich unterschätzt. Insbesondere die Erfassung, Bewertung und Fortschreibung des städtischen Anlagevermögens ist sehr zeitintensiv.

Herr Sarach weist darauf hin, dass aus seiner Sicht zu Beginn des Projektes bestimmte organisatorische Fehler gemacht wurden. Es bestand wohl die Auffassung, dass ein derartiger Strukturwandel nebenbei umgesetzt werden könne. Dieses hat sich im Nachhinein als falsch herausgestellt, da – wie bereits ausgeführt – bestimmte Arbeiten sehr zeitintensiv sind und für viele Tätigkeiten zusätzlicher Sachverstand erforderlich ist.

Durch die späte Erstellung der Eröffnungsbilanz konnte insbesondere das Anlagevermögen nicht fortgeschrieben werden.

Auch aus seiner Sicht ist erhebliche externe Unterstützung notwendig, um alle offenen Jahresabschlüsse schrittweise abzarbeiten.

Auch Herr Kienel erklärt, dass es sich bei der Umstellung auf das neue kommunale Rechnungswesen um einen fundamentalen Eingriff in die Verwaltungsstruktur insgesamt handelt. Auch aus seiner Sicht war es eine Fehleinschätzung, dieses neben den Tagesarbeiten erledigen zu können.

Die mit dem Antrag Nr. 26 genannten Termine können aus seiner Sicht nur mit externer Unterstützung angestrebt werden. Hierüber wird nach Abstimmung – auch mit dem externen Dienstleister – eine Sitzungsvorlage für die Septembersitzung vorbereitet.

Der Ausschussvorsitzende betont nochmals, dass – sollte mehr externe Unterstützung erforderlich sein – auch mehr Finanzmittel durch den Finanzausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Ein Ausschussmitglied hinterfragt noch einmal, weshalb es derartige Schwierigkeiten bereitet, die Doppik umzusetzen und ob die Verwaltung versucht, diese Probleme abzustellen. Es wird an dieser Stelle kritisch angemerkt, dass auch bei externer Unterstützung die Prozesse durch die Berufsverwaltung gesteuert werden müssten.

Herr Sarach betont nochmals, dass die Interessenlage der Selbst- und Berufsverwaltung die gleiche sei. Auch die Berufsverwaltung möchte so schnell wie möglich die Abschlüsse vorlegen. Herr Sarach betont, dass die Mitarbeiter teilweise an ihre Belastungsgrenzen stoßen und Ausfälle durch Krankheit wegen Überbelastung vermieden werden müssen. Auch sei es seiner Sicht erforderlich, dass qualifiziertes Personal notwendig sei und es insofern keinen Sinn macht, z. B. BWL-Studenten mit derartig komplexen Aufgaben zu beauftragen. Herr Sarach weist nochmals darauf hin, dass die Verwaltung in der Kameralistik groß geworden sei. Er hätte diesen gravierenden Eingriff in die städtische Finanzwirtschaft so nicht begonnen.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes erklärt die Verwaltung, dass der laufende Betrieb sichergestellt ist. Dort wo es möglich wird, wird selbstverständlich auch die Bilanz fortgeschrieben. Dieses ist aber teilweise nicht möglich, da z. B. Anlagen im Bau schrittweise von Beginn an fortzupflegen sind. An dieser Stelle wird durch Herrn Kienel erklärt, dass alle investiven Auszahlungen seit dem 01.01.2009 in einer Schnittstelle zur Anlagenbuchhaltung aufgelaufen sind und dass der Bereich der Anlagenbuchhaltung das Kernproblem darstellt. Deshalb muss - unabhängig von den aktuellen Verzögerungen - im Rahmen einer Organisationsuntersuchung geprüft werden, ob die federführend zuständigen Fachdienste I.1 (Finanzen und Liegenschaften) und I.4 (Finanzbuchhaltung) für die Aufgabenerledigung richtig aufgestellt und personell (Anzahl und Qualifikation) auskömmlich ausgestattet sind. Ansonsten besteht die Gefahr, dass es auch zukünftig permanent zu zeitlichen Problemen kommt. Im Wesentlichen sind diese derzeit darauf zurückzuführen, dass der mit den Jahresabschlüssen befasste Personenkreis nebenher unaufschiebbare Tagesarbeiten (z. B. jetzt die Aufstellung des Haushaltes 2014) zu erledigen hat und daher die Bearbeitung des Jahresabschlusses stockt.

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, zumindest für das aktuelle Jahr einen so genannten fiktiven Abschluss vorzulegen. Es sollten dann zumindest die zahlungsunwirksamen Bereiche grob geschätzt werden sollten.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass im Rahmen der Liquidität über die aktuelle Finanzlage bisher laufend berichtet wurde. Sollten nun vorläufige Abschlüsse gewünscht werden, setzt dieses beidseitig erhebliches Vertrauen voraus, da dann mit vorläufigen Zahlen gearbeitet wird. Diese können zum Teil erheblich abweichen, sobald der tatsächliche Abschluss vorliegt.

Auf Nachfrage erklärt Herr Sarach, dass die Verwaltung sich bereits Mitte letzten Jahres externe Unterstützung geholt hätte. Dieses wurde zu Beginn dieses Jahres fortgesetzt, führte aber letztendlich noch nicht zu dem gewünschten Erfolg. Im Übrigen weist er darauf hin, dass durch die städtischen Gremien eine zusätzliche Stelle für den Bereich der Finanzbuchhaltung abgelehnt wurde. Im Übrigen hält er die Aussagen eines Ausschussmitgliedes für niveaulos, da die Verwaltung in der Vergangenheit den Finanzausschuss informiert hat. Die Notwendigkeit, dass externe Unterstützung zur Verfügung gestellt wird, ist auch der Verwaltung bewusst. Der Umfang bzw. die Höhe der notwendigen Finanzmittel werden in der September-Sitzung des Finanzausschusses bekannt gegeben.

Ein Ausschussmitglied stimmt den Ausführungen des Bürgermeisters zu und erklärt, dass die Punkte 1 und 2 im Antrag Nr. 26 momentan nicht hilfreich seien, da der Umfang der externen Unterstützung noch nicht feststeht.

10. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

- e n t f ä l l t -

11. Verschiedenes

11.1 Einführung des SEPA-Verfahrens

Ein Ausschussmitglied merkt kritisch an, dass das von der Verwaltung versandte „SEPA-Schreiben“ von allen Betroffenen verlangt, alle notwendigen Daten selber auszufüllen. Aus seiner Sicht hätte die Verwaltung einen großen Teil der notwendigen Daten bereits vorgeben können, so wie dieses auch von anderen Stellen – z. B. Versicherungen und Banken – gemacht wird.

Die Verwaltung erklärt, dass alle am Lastschriftverfahren beteiligten Bürger angeschrieben wurden. Es wurde weiterhin entschieden, später auch diejenigen anzuschreiben, die bei der gewählten Form der Umstellung auf das SEPA-Verfahren noch keine Einzugsermächtigung (z. B. im Steuerbereich) erteilt haben. Es sei weiterhin notwendig, dass der Bürger eine Unterschrift leistet.

Ein Ausschussmitglied betont nochmals, dass das gewählte Verfahren umständlich sei. Dieser Prozess hätte besser vorbereitet werden müssen.

11.2 Neubau der Kindertagesstätte Erlenhof

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass nun im Zuge des Neubaus Kindertagesstätte Erlenhof die Verpflichtungsermächtigung von 2 auf 3 Mio. € heraufgesetzt wird. Ihm sei zwar bewusst, dass dieses aufgrund der notwendigen Fertigstellung zum Ende des Jahres 2014 notwendig sei, er bemängelt aber, dass der Finanzausschuss hierzu nicht gehört wurde. Insbesondere gab es eine kontroverse Diskussion bei der Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen von 15 auf 10 Mio. €, sowie dieses vom Innenminister mit der Genehmigung des Haushaltes 2013 gefordert wurde.

Herr Kienel erklärt, dass der Sozialausschuss grundsätzlich für den Neubau der Kindertagesstätte Erlenhof zuständig sei.

Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 1 Mio. € auf 3 Mio. € soll gem. Vorschlag in der Vorlage gedeckt werden durch eine Reduzierung der VE für die Sanierung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen. Eine finale Entscheidung ist in der Stadtverordnetenversammlung zu treffen.

11.3 Erlass des Innenministers zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen

Herr Kienel erklärt, dass Ende letzten Monats der Erlass 2014 bei der Stadt eingegangen sei und an alle Stadtverordneten und Mitglieder des Finanzausschusses verteilt wurde.

Dieser Erlass enthält auch eine Anzahl von Vorschlägen zur Verbesserung der Erträge bzw. Einzahlungen sowie der Auszahlung bzw. Aufwendungen. Hierüber sollte in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses und ggf. nachfolgend in verschiedenen Fachausschüssen eine Beratung erfolgen. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind in diesem Erlass fett hervorgehoben.

11.4 Besuch des Innenministers in Ahrensburg

Herr Sarach berichtet, dass der Innenminister die Stadt Ahrensburg heute besucht hätte.

Es wurden verschiedene Dinge diskutiert. U. a. hat der Innenminister darauf hingewiesen, dass der Finanzausgleich in Schleswig-Holstein neu geordnet werden soll. Die Neuordnung soll ab dem 01.01.2015 in Kraft treten.

Der Innenminister hat weiterhin darum gebeten, dass die Stadt Ahrensburg sich für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Schaffung von entsprechendem Planungsrecht einsetzt.

Thema war weiterhin die Ausstattung der Polizei mit Personal in Schleswig-Holstein. Die für Ahrensburg zuständige Direktion Segeberg soll hierbei gestärkt werden. Mit Hinweis darauf, dass ein anderes Ressort hierfür zuständig sei, wurde auch der Denkmalschutz für das Rathaus in Ahrensburg angesprochen. Herr Sarach hat darum gebeten, dass Herr Breitner dieses noch einmal in Kiel thematisiert.

Hinsichtlich der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wird darauf verwiesen, dass das Grundstück Kastanienallee sich hierfür eignen würde.

Ein Ausschussmitglied ergänzt, dass es hierfür notwendig sei, den städtischen Rahmenplan fortzuschreiben.

12. Kenntnisnahmen

- e n t f ä l l t -

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Peter Röckendorf
Protokollführer